

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Mittwoch, 08.06.2022, 16:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.05.2022
3. Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie
4. Mitteilungen
 - 4.1. mündliche Mitteilungen
 - 4.1.1. Sozialbericht 2022 - Schlaglichter auf Bevölkerung, Soziale Lage, Gesundheit und Bildung
5. Anträge
 - 5.1. Kostenlose Entleihe von Medien der Stadtbibliothek mit dem Braunschweig-Pass 22-18869
 - 5.2. Demenzversorgung stufenweise optimieren 22-18876
 - 5.3. Ehrenamt stärken - eine Plattform dafür schaffen 22-18672
 - 5.4. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen 22-18867
 - 5.5. Barrieremelder einrichten 22-18868
6. 22-18857 Mietspiegel von Braunschweig 2022 für nicht preisgebundenen Wohnraum
7. Anfragen

Braunschweig, den 1. Juni 2022

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Gruppe Die FRAKTION.
BS im Rat der Stadt**

22-18869

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Kostenlose Entleiheung von Medien der Stadtbibliothek mit dem
Braunschweig-Pass**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.05.2022

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

28.06.2022

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

05.07.2022

Ö

Beschlussvorschlag:

Die kostenlose Entleiheung von Büchern und anderen Medien der Stadtbibliothek Braunschweig soll zukünftig in den Leistungskatalog des Braunschweig-Passes einbezogen werden. Die Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig ist dazu ggf. anzupassen.

Sachverhalt:

Zum 01.10.2012 hat der Rat der Stadt Braunschweig den sogenannten Braunschweig-Pass eingeführt, um allen Braunschweiger:innen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu erleichtern.

Empfänger:innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, SGB IX, SGB XII), Wohngeldgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz sowie Kinderzuschlagsberechtigte, die in Braunschweig wohnen, erhalten mit dem Braunschweig-Pass in zahlreichen Museen, Theatern, Kultur- und Bildungseinrichtungen, im öffentlichen Nahverkehr, in Schwimmbädern oder bei Mitgliedsbeiträgen in zahlreichen Sportvereinen Ermäßigungen.

Nicht in den Leistungen des Braunschweig-Passes inbegriffen ist bis heute die kostenlose Entleiheung von Büchern und anderen Medien aus der Stadtbibliothek Braunschweig.

Gerade für die bezugsberechtigten Gruppen des Braunschweig-Passes ist der Zugang zu kostenloser Bildung jedoch essenziell wichtig. Nicht nur die Nutzung vor Ort, sondern auch die Ausleihe der Medien soll daher kostenlos ermöglicht werden.

Daher beantragen wir, dass die Inhaber des Braunschweig-Passes künftig Bücher und andere Medien aus der Stadtbibliothek entleihen können, ohne dafür die übliche Jahresbenutzungsgebühr zu entrichten. Falls es dazu erforderlich ist, die Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig zu ändern, sollte die Stadtverwaltung dem Rat eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen.

Anlagen:

keine

Betreff:

Demenzversorgung stufenweise optimieren

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.05.2022

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	08.06.2022	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	28.06.2022	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.07.2022	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Stufenplan zu erstellen, der die Ergebnisse des Dialogforums Demenz am 10. Oktober 2021 (Mitteilung außerhalb von Sitzungen an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit, DS.-Nr. 21-17181) aufgreift und zunächst folgende Maßnahmen umsetzt:

1. Prüfung der Einrichtung einer Dementen-Unterbringung nach dem Vorbild der Julius Tönebön Stiftung in Hameln (Demenzdorf).
2. Einrichtung einer medizinischen Gedächtnissprechstunde inklusiv apparativer Labordiagnostik. Hierfür mögen Gespräche mit dem Städtischen Klinikum Braunschweig angestoßen und moderiert werden unter Einbeziehung der Akteure, die zur Umsetzung benötigt werden.
3. Planung von stadtteilbezogenen Dementen-Wohngemeinschaften; auf die Stadt verteilt etwa 20-25 kleine Einheiten mit maximal 10 Plätzen, unter Einbeziehung der künftigen Träger.
4. Initiierung der Einrichtung von Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen für verhaltensauffällige Menschen mit Demenz oder anderen gerontopsychiatrischen Erkrankungen mit einem hohen Pflege- und Betreuungsaufwand zur Entlastung Angehöriger. Hierbei könnte das Konzept von „INSULA“, das bereits 2011 erfolgreich erprobt wurde, zu Grunde gelegt werden.

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat sich wiederholt mit der Thematik „Demenz“ befasst und dieses für eine alternde Stadtgesellschaft existenzielle Thematik in die Ratsarbeit eingebracht, unter anderem mit der Anfrage „Demenzerkrankte in Braunschweig“ (DS.-Nr. 20-14687 sowie Antwort der Verwaltung DS.-Nr. 20-14687-01) in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 19. November 2020. Aus der Beantwortung wurde deutlich, dass die Zahl der Demenzerkrankten deutschlandweit – aber auch hier bei uns in Braunschweig – in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen wird. Demgegenüber erreichen die Belegungsquoten in fast allen stationären Einrichtungen schon heute nahezu 100 %. Darüber hinaus wurde in einer Anfrage außerhalb von Sitzungen im April des vergangenen Jahres („Demenzgerechte alternative Lebensräume“, DS.-Nr. 21-14752) ebenfalls dieses wichtige Zukunftsthema bearbeitet.

Daraufhin hat der Ausschuss für Soziales und Gesundheit in seiner Sitzung am 17. Juni des vergangenen Jahres das Sozialreferat beauftragt, ein Dialogforum „Demenz – Herausforderungen annehmen“ zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen sowie Akteurinnen und Akteuren der ambulanten und stationären

Versorgungsbereiche und Pflege durchzuführen. Das Dialogforum hat am 11. Oktober 2021 mit 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Digitalformat stattgefunden. Im vorliegenden Ergebnisbericht werden die bereits bekannten Entwicklungen noch einmal manifestiert, denn es heißt dort u.a.: „Nach Schätzungen der Deutschen Alzheimer Gesellschaft sind derzeit etwa 1,6 Mio. Menschen in Deutschland an einer Form der Demenz erkrankt. Aufgrund der demografischen Entwicklung und nicht zu erwartender Therapiedurchbrüche wird sich diese Zahl in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach weiter erhöhen. Auch in Braunschweig ist von einer zukünftigen Zunahme der Anzahl Demenzerkrankter auszugehen. Momentan leben laut Hochrechnungen etwa 4.850 Menschen mit Demenz (MmD) in der Stadt. Deshalb werden viele der Angebote vor dem Hintergrund der zu erwartenden Entwicklungen ausgebaut werden müssen. Dazu bedarf es zukünftig verstärkter Anstrengungen, um eine möglichst kleinteilige, dezentrale und wohnortnahe Versorgung aller hilfs- und pflegebedürftigen Menschen – und somit auch der Demenzerkrankten – zu gewährleisten“ (vgl. 21-17181).

Als Ergebnis des Dialogforums wurden u.a. folgende Maßnahmen für die künftige Angebotslandschaft in Braunschweig genannt:

- „INSULA“ als gerontopsychiatrische Notfallversorgung für Tages- und Kurzzeitpflege zur Vermeidung stationärer Unterbringung (Punkt 4 des Beschlusstextes): Es handelt sich dabei um ein erfolgreich erprobtes Konzept für Kurzzeit- und Tageseinrichtungen, mit dem ganz klaren Ziel, Angehörigen Entlastungsmöglichkeiten anzubieten, wenn noch nicht auf eine stationäre Unterbringung zurückgegriffen werden soll.
- Ausbau ambulanter gerontopsychiatrischer Pflegedienste
- therapeutische Angebote (AZUA, Tagespflege)
- Ärztliche Demenzsprechstunden im Klinikum: sichere Diagnose, Kompetenz (Punkt 2 des Beschlusstextes): Ein schneller Zugang zu fachärztlicher Diagnostik vor Ort ist unbedingt erforderlich, um die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und anders gearteten gerontopsychiatrischen Erkrankten, aber auch den Angehörigen zu verbessern und Entlastung zu verschaffen. Derartige Sprechstunden sind Bestandteil einer zielorientierten Diagnostik.
- Ärztliche Begleitung, Versorgungsstrukturen in den Kliniken, diagnostische Fachzentren
- Entlastung pflegender Angehöriger weiter verbessern
- Demenzdorf (analog Tönebön) als Versorgungssetting denkbar (Punkt 1 des Beschlusstextes)
- Arbeit mit Angehörigen verbessern: Angehörigen-Schulungen
- Freiwilligen-Kultur stärken
- Abbau von Stigmatisierung und inklusive Gestaltung von Angeboten für Nicht-Demente
- Quartiersnahe Unterstützungsmöglichkeiten ausbauen (Punkt 3 des Beschlusstextes): Neben den in der Stadt Braunschweig bereits bestehenden Einrichtungen werden wir bei steigenden Zahlen an erkrankten Personen weitere Einrichtungen zur stationären Unterbringung benötigen. Hierbei haben sich kleinere Einheiten in anderen Teilen Niedersachsens bewährt. Da Braunschweig bis heute keine Dementen-WGs beheimatet, sollte diese Form der Unterbringung auf die Stadt verteilt, quartiersbezogen, zusätzlich zu vorhandenen Einrichtungen ergänzt werden. Auf die Einwohnerzahl Braunschweigs bezogen wären 20 bis 25 Einheiten mit jeweils maximal 10 Plätzen wünschenswert. Das entspräche der Kapazität von insgesamt drei Pflegeheimen. Eine stufenweise Umsetzung wäre zielführend.

Mit dem oben eingebrachten Beschlussvorschlag soll die Verwaltung auf Grundlage des Dialogforums Demenz gebeten werden, einen Stufenplan zur Umsetzung zentraler Ergebnisse dieser Veranstaltung umzusetzen.

Anlagen:

keine

Absender:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt

TOP 5.3

22-18672

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Ehrenamt stärken - eine Plattform dafür schaffen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.04.2022

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

17.05.2022

N

24.05.2022

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Stadt Braunschweig erarbeitet mit geeigneten Partnern ein Konzept für eine Ehrenamtsmesse und greift auf die Erfahrungen anderer Städte zurück - Magdeburg beispielsweise hat seit Jahren eine Ehrenamtsmesse etabliert.

Begründung:

Immer mehr wird deutlich, dass das Ehrenamt als feste Stütze der Gesellschaft nicht zu unterschätzen ist. Auch in Braunschweig gibt es viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, und eine große Vielfalt an Möglichkeiten, sich einzubringen, ob im sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen oder sportlichen Bereich, ob bei kirchlichen oder privaten Trägern, ob im Naturschutz oder bei der Feuerwehr, im Rettungsdienst oder beim THW.

Allerdings wird es immer schwieriger, Menschen für das Ehrenamt zu begeistern - und auf der anderen Seite haben Bürger kaum noch einen Überblick, in welchen Bereichen sie tätig werden können. Zwar gibt es auf www.wir-fuer-braunschweig.org eine umfangreiche (aber nicht vollständige) Auflistung, aber eine Präsenzveranstaltung bietet mehr Möglichkeiten; im persönlichen Gespräch können zudem viele Fragen auf kurzem Weg ausgeräumt werden. Eine Ehrenamtsmesse würde beide Seiten zusammenbringen: diejenigen, die sich einbringen wollen, aber noch nicht wissen, wo, und den Vereinen, Verbänden und Initiativen, die auf die Hilfe Ehrenamtlicher angewiesen sind. Außerdem könnte eine Messe auch die unterschiedlichen Akteure in der Stadt untereinander zu vernetzen helfen.

Hintergrund:

https://www.magdeburg.de/index.php?object=tx_698.6.1&ModID=255&FID=37.45983.1

<https://engagiert-in-sh.de/ehrenamtmesse/hilfen-fuer-veranstalterinnen/>

https://engagiert-in-sh.de/fileadmin/user_data/pdf/Messen/Methodenhandbuch_EhrenamtMessen_2010.pdf

Anlagen: keine

Betreff:

Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen

<i>Empfänger:</i> Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	<i>Datum:</i> 25.05.2022
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge:</i>		<i>Status</i>
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	08.06.2022	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	21.06.2022	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	23.06.2022	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	28.06.2022	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.07.2022	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Die Vertreter:innen der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweiger Verkehrs GmbH anzuweisen, die folgenden Schritte vorzunehmen:
Die zeitliche Einschränkung der Nutzung des „BS-Mobil-Tickets“ wird aufgehoben. Das "BS-Mobil-Ticket-Plus" wird eingestellt.

Sachverhalt:

Leistungsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, SGB IX, SGB XII), Wohngeldgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und Kinderzuschlagsberechtigte, haben in Braunschweig Anspruch auf den „Braunschweig Pass“. Dieser berechtigt zum Bezug des vergünstigten Braunschweiger „Mobil-Tickets“. Bereits in der Vergangenheit gab es mehrfach Diskussionen über die zeitliche Nutzungseinschränkung des "Mobil-Tickets". Insbesondere für die Gruppe der Geringverdiener ist die Nutzung des "Mobil-Tickets" zwar vorgesehen, praktisch kann die Nutzung aber nicht erfolgen, da der Arbeitsbeginn für diese Menschen in der Regel weit vor 8.30 Uhr erfolgt.

Dieses Problem wurde abgemildert, indem das „Mobil-Ticket-Plus“ eingeführt wurde. Hier gibt es keine zeitliche Nutzungseinschränkung, dafür ist dieser Fahrschein teurer. Während das „Mobil-Ticket“ mit Nutzungseinschränkung derzeit 17 €/Monat kostet, sind es beim „Mobil-Ticket-Plus“ 25 €/Monat. Vor dem Hintergrund, dass der derzeitige Regelsatz für Mobilität bei 40,27 €/Monat liegt und davon auch Zugreisen, Anschaffungs- und Unterhaltungskosten für Fahrräder, Anschaffungs- und Unterhaltungskosten für PKW aufgrund der Zumutbarkeitsregeln für Geringverdiener, getätigt werden müssen, sind die derzeitigen 25 €/Monat nicht angemessen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, dass wir die Teilhabechancen für die Ärmsten in unserer Stadt weiter verbessern und das komplizierte System vereinfachen.

Anlagen:

keine

Absender:

Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

22-18868
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Barrieremelder einrichten

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.05.2022

Beratungsfolge:		Status
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	08.06.2022	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	21.06.2022	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	22.06.2022	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	28.06.2022	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.07.2022	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig bittet den Oberbürgermeister einen Barrieremelder einzurichten. Die eingehenden Hinweise sollen überprüft und die Hinweisgeber:innen über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet werden.

Sachverhalt:

Um die Leitlinie zur gleichberechtigten Teilhabe „Braunschweig inklusiv“ weiter mit Leben zu füllen, bietet ein Barrieremelder eine große Chance. Dieser würde insbesondere Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen die Möglichkeit geben, Barrieren, welche sie in der Stadt wahrnehmen, direkt zu melden. Mögliche Barrieren im Alltag wären bauliche Barrieren, bürokratische Barrieren und/oder fehlende Hilfsmittel um Barrieren zu überwinden.

Ziel dieses Melders ist ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn, weil Betroffene meistens am besten wissen, wo es für sie im Braunschweiger Alltag Barrieren gibt. Diese zusätzlichen Erkenntnisse sollten geprüft werden und die Hinweisgeber:innen auch eine Rückmeldung erhalten. Auch eine regelmäßige Information an den Rat wäre wünschenswert.

Anlagen:

keine